

Beschluss des Kantonsrates über die parlamentarische Initiative KR-Nr. 70/2018 von Sonja Gehrig betreffend Stimmrechtsalter 16 auf Anfrage

(vom)

Der Kantonsrat, nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 25. September 2020, beschliesst:

- I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 70/2018 von Sonja Gehrig wird geändert, und es werden nachfolgende Verfassungsänderung und nachfolgende Gesetzesänderungen beschlossen.
- II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Antrag der SVP Fraktion

- I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 70/2018 von Sonja Gehrig wird abgelehnt.
- II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Eventualantrag der SVP Fraktion

- I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 70/2018 von Sonja Gehrig wird an die STGK zur Beratung des geänderten Teils B (V. Kantonsratsgesetz) zurückgewiesen.

A. Verfassung

Die Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 wird wie folgt geändert:

Stimm- und Wahlrecht

Art. 22 ¹ Das Stimm- und Wahlrecht und die weiteren politischen Rechte in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten stehen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die im Kanton wohnen, das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben und nicht wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden.

² Wählbar sind Personen, welche die Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllen und das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. Vorbehalten bleibt Art. 40 Abs. 1 Satz 2.

Wählbarkeit

Art. 40 ¹ In den Kantonsrat, den Regierungsrat, die obersten kantonalen Gerichte und den Ständerat kann gewählt werden, wer über die politischen Rechte in kantonalen Angelegenheiten verfügt und das 18. Lebensjahr zurückgelegt hat. Wer in die übrigen Behörden gewählt werden kann, bestimmt das Gesetz.

Abs. 2 unverändert.

Ständerat

Art. 82 Abs. 1 und 2 unverändert.

³ An der Wahl können sich auch Schweizerinnen und Schweizer beteiligen, die im Ausland wohnen, das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben sowie nach der Auslandschweizergesetzgebung ihre politischen Rechte im Kanton Zürich ausüben und nicht wegen dauernder Urteilsunfähigkeit vom Stimmrecht ausgeschlossen sind. Sie sind wählbar, wenn sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben.

II. Diese Verfassungsänderung wird den Stimmberechtigten zur Volksabstimmung unterbreitet.

III. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat verfasst.

B. Gesetze

I. Das **Gesetz über die politischen Rechte** vom 1. September 2003 (GPR) wird wie folgt geändert:

§ 3. ¹ Über die politischen Rechte verfügt, wer

lit. a unverändert.

b. das 16. Lebensjahr zurückgelegt hat,

lit. c unverändert.

d. nicht wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft steht oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten wird.

Abs. 2 und 3 unverändert.

§ 109. ¹ Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind bei den Ständeratswahlen stimmberechtigt und wählbar, soweit sie nach dem Auslandschweizergesetz vom 26. September 2014 an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können und die Voraussetzungen nach Art. 82 Abs. 3 KV erfüllen.

Abs. 2 und 3 unverändert.

II. Das **Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess** vom 10. Mai 2010 (GOG) wird wie folgt geändert:

§ 55. Abs. 1 unverändert.

² Ausnahmsweise kann das Bezirksgericht aus den Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern, die nach Art. 22 Abs. 2 KV wählbar sind, für eine bestimmte Zeit eine ausserordentliche Stellvertretung bestellen.

III. Das **Steuergesetz** vom 8. Juni 1997 (StG) wird wie folgt geändert:

§ 113. Abs. 1 und 2 unverändert.

³ Als Mitglied oder Ersatzmitglied ist wählbar, wer die Voraussetzungen nach Art. 22 Abs. 2 KV erfüllt.

IV. Das **Planungs- und Baugesetz** vom 7. September 1975 (PBG) wird wie folgt geändert:

§ 334. Abs. 1 und 2 unverändert.

³ Als Mitglied oder Ersatzmitglied ist wählbar, wer die Voraussetzungen nach Art. 22 Abs. 2 KV erfüllt.

Antrag der SVP Fraktion

V. Das **Kantonsratsgesetz** vom 25. März 2019 (KRG) wird wie folgt geändert:

12. Teil: Jugendparlament => wird aufgehoben!

Streichung der §§140 & 141

13. Teil: Schlussbestimmungen => wird zu 12. Teil!

VI. Die Gesetzesänderungen unterstehen dem fakultativen Referendum.

Diese Gesetzesänderungen stehen unter dem Vorbehalt, dass die Stimmberechtigten die Änderung der Kantonsverfassung gemäss Beschluss des Kantonsrates vom annehmen.

VII. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat verfasst.